

Dick M räu



Ständerat Dick Marty amtiert im Kanton Schwyz als Krisenmanager.

Kantonsgerichtspräsident Martin Ziegler ist mit neuen Vorwürfen konfrontiert. Jetzt muss der Tessiner Mafijäger ran.

VON WALTER HAUSER

Im Kanton Schwyz überstürzen sich die Ereignisse. Letzte Woche teilte der Regierungsrat mit, der Tessiner FDP-Ständerat Dick Marty werde die Abläufe bei der Kantonsjustiz unter die Lupe nehmen. Kurz darauf gab Justizdirektor Peter Reuteler überraschend bekannt, er

trete nächstes Jahr zurück. Und wie SonntagsBlick weiss, läuft gegen den Kantonsgerichtspräsidenten Martin Ziegler ein Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch und Amtsgeheimnisverletzung.

Offizielle Stellen dementieren eine direkte Verbindung zwischen der Berufung Martys, dem Rücktritt Reutelers und der Strafanzeige ge-

gen Ziegler. Doch im Zusammenhang mit dem Missbrauchsfall um die 14-jährige Lisa in Goldau tobt ein heftiger Streit hinter den Kulissen. Der geständige Sextäter, Hauswart Urs K. (62) läuft weiter frei herum. Besonders stossend für viele Schwyzer: Er wohnt weiter im selben Haus wie das behinderte Kind (SonntagsBlick berichtete).



Gerichtspräsident Martin Ziegler.

Das hat den Streit diese Woche eskalieren lassen. Der Anwalt des Opfers, Bruno Steiner, reichte am Donnerstag bei der Oberstaatsanwaltschaft eine Strafanzeige gegen Ziegler ein. Es sei ein Skandal, dass «der Täter, das sehr kindliche und behinderte Opfer und dessen Familie unter einem Dach leben müssen», so die Begründung. An diesem Skandal sei Ziegler schuld.

Auch die Staatsanwaltschaft des Kantons Schwyz fordert jetzt für Lisas Peiniger ein Rayonverbot beziehungsweise seine Ausweisung aus dem Haus. Entscheiden müsste allerdings Ziegler – der Antrag liegt seit Anfang August auf seinem Pult.

Um ein Rayonverbot streiten sich die Staatsanwaltschaft, Opfer-

behörde gen Stein Ziegler me nicht Reuteler auf die

«D... S... Auto Lage Justizd

Der Sextäter im Missbrauchsfall Lisa (Bild) wohnt im gleichen Haus wie sein Opfer.

Zieglers heikle Entscheide

Martin Ziegler war an diversen umstrittenen Entscheiden beteiligt. Im Fall der verschwundenen Mädchen Lucie und Boi soll der Kantonsgerichtspräsident 2009 die Herausgabe von Handydaten verzögert haben, was Zieg-

ler stets bestritt. Im Juni 2008 fand das Kantonsgericht Schwyz unter Zieglers Leitung den Verdacht des sexuellen Missbrauchs an einem Kind unbegründet. Die Mutter des Kindes gelangte an den Gerichtshof in Strassburg.

ANZEIGE

www.VgT.ch
- was andere Medien
totschweigen
Verein gegen Tierfabriken Schweiz

Palästina fordert nächste Woche die Vollmitgliedschaft bei der Uno. Was sagt die Schweiz dazu?

VON PETER HOSSLI

Wenn Mahmud Abbas (77) nächste Woche vor dem Uno-Hauptgebäude am East River aus der dunklen Limousine steigt, hat er ein Schreiben an Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon (67) dabei.

Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah fordert darin die Aufnahme des besetzten palästinensischen Gebiets in die Uno – als Vollmitglied. Und die **Anerkennung «des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967»**.

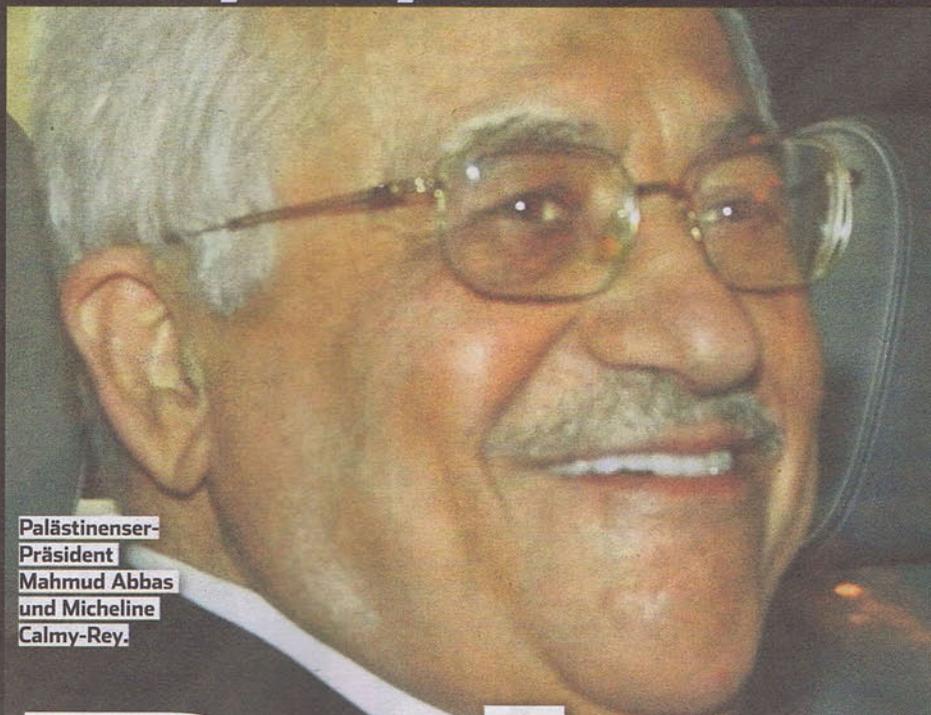
Die diplomatische Gemeinde sieht sich vor eine Zerreihsprobe gestellt. «Ein Phantom, das über uns schwebt», nennt der Schweizer Uno-Botschafter Paul Seger das Begehren der Palästinenser nach einem weltweit anerkannten Staat.

Die USA haben bereits ihr Veto im Sicherheitsrat angekündigt, dem Uno-Organ, das über neue Mitglieder befindet. **Der Antrag gefährde den Friedensprozess**, nie dürfe die Palästina-Frage von der politischen auf die juristische Bühne geraten, sagt Hillary Clinton (63). «Es gibt nur einen Weg für eine andauernde Lösung in Nahost», sagt die US-Aussenministerin, «direkte Verhandlungen.» Dieser Weg **«führt von Jerusalem nach Ramallah, nicht nach New York»**.

Gerade weil diese Verhandlungen gescheitert sind, wenden sich die Palästinenser jetzt an die Uno, sagt Abbas. Schafft er – wie zu erwarten – die Hürde im Sicherheitsrat nicht, will er sein Anliegen in die Generalversammlung tragen.

Fotos: Keystone (2), Reuters (2)

Calmy-Rey auf heikler Mi



Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas und Micheline Calmy-Rey.

Palästina Das Phantom

Ein befreundetes arabisches Land wird die Resolution einbringen. Im Jargon der Diplomaten soll das Papier den Status Palästinas von «beobachtender Einheit» zu «beobachtendem Staat» aufwerten. Die

Chancen stehen gut. 129 von 193 Mitgliedsstaaten würden Ja sagen, rechnet ein Uno-Mann vor. **Es wäre ein Status ohne Stimmrecht.**

Weit wichtiger für die Palästinenser ist ohnehin, dass ein Beobach-

terstaat bei vi... tionen mitar... Unesco. Vor a... na am intern... richtshof klag... rael. Chefank...

Weltkriegs-Flieger tötet Zuschauer

Drama an einer Flugschau in Reno, Nevada: Jimmy Leeward († 74) stürzt mit seiner P-51 Mustang, einer Maschine aus dem Zweiten Welt-

krieg, in die erste Reihe der Zuschauertribüne. **Drei Menschen sterben, darunter der passionierte Flieger selbst.** Über 50 Personen werden teilweise lebensgefährlich verletzt. Leeward flog seit 1979 in der Show mit. ●



Mehr Bilder

www.sonntagsblick.ch

FLUGSCHAU

ANZEIGE

www.VgT.ch

- was andere Medien
totschweigen

Verein gegen Tierfabriken Schweiz

Rebe

Unerwartet... derstand... ger, als die Reb... Sirte und Bani... Nachdem sie in... burgen der Anl... Diktators vorge... ten sie sich un... zurückziehen. **Katz-und-Mau...** Sirte lieferten s... radische Rake... Rebellen formi... Boden. BBC be...

satt. Der Süden jammert ... enland!



«Transferunion» bedeutet, dass einige Länder ständig Waren und Dienstleistungen in andere Länder transferieren und sich dafür Kredite gutschreiben lassen.

Weil es immer dieselben Länder sind, die Schulden machen und immer dieselben, die Guthaben anhäufen, sind diese Guthaben faul und die Banken nervös geworden. **Faktisch ist Europas Finanzsystem schon weitgehend verstaatlicht:** Der EU-«Rettungsschirm» und die Europäische Zentralbank (EZB) kauften für 583 Milliarden Euro marode Staatspapiere auf oder garantierten Megakredite. Weil Schuldnerländer wie Griechenland, Irland oder Portugal ihre laufenden Importe nicht mehr über Geschäftsbanken abwickeln können, sprang auch hier die EZB ein – mit bisher 327 Milliarden.

Eine ähnliche Transferunion bilden übrigens die USA und China: Das Reich der Mitte produziert, die Vereinigten Staaten konsumieren. Auch dieses Arrangement funktioniert nur, weil Chinas Finanzsystem komplett und das der USA weitgehend verstaatlicht ist. Chinas Banken werden nicht nervös, wenn ihre Dollarguthaben an Wert verlieren.

Die Spaltung in Süd-Euro und Nord-Euro wird wahrscheinlicher.

Und anders als die Griechen können die Amerikaner ihre Staatsschulden mit der eigenen Notenbank finanzieren – sie drucken einfach Geld.

Das aber ist in Euroland anders. Die Banken sitzen noch immer auf zu vielen faulen Staatsobligationen aus Südländern, die sie eigentlich abschreiben und als Verluste verbuchen müssten. Und die Nordländer haben wenig Lust, noch mehr Geld in irgendwelche «Rettungsschirme» zu stecken, für die gefährdeten Süd-Obligations zu garantieren oder wenigstens die EZB mit neuem Kapital auszustatten, damit sie die Pleiten in den Südländern verhindern kann.

Dass die reichen Euroländer mit diesen andauernden Milliarden-Transfers bloss die eigene Exportindustrie finanzieren, fällt ihnen dabei

nicht mehr auf. **Die moralische Empörung über die Schuldnerländer («faule Griechen») macht blind.**

Stattdessen versuchen sie, die «Kapitalmärkte» und ihre Wähler zu beruhigen, indem sie den Schuldnerstaaten immer härtere Sparprogramme auferlegen. **Griechenland, Irland und Portugal stehen bereits unter offizieller Aufsicht der EU-Kommission.** Und Spanien, Italien sowie Frankreich haben sich zu «freiwilligen» Sparprogrammen verpflichtet.

Das aber hat die globalen Investoren nicht beruhigt. Nach jedem Krisenipfel und jedem feierlichen Sparversprechen stürzten sich die **Spekulant mit noch mehr Milliarden auf das nächste Opfer.**

Kein Wunder: Das Beruhigungsmittel wirkt nicht. In Griechenland steigen die Staatsschulden nicht trotz, sondern wegen der Sparmassnahmen, das Handelsdefizit ging nur leicht zurück (siehe unten links) Spanien und Frankreich meldeten erst diese Woche ein rekordverdächtiges Aussenhandelsdefizit.

Und die Überschussländer essen ihre Teller noch immer nicht leer. Sie leben weit «unter ihren Verhältnissen» und häufen mit ihren **Überschüssen Jahr für Jahr gut 150 Milliarden neue Guthaben an,** welche die Schuldnerländer nie zurückzahlen können.

Deshalb wird jetzt eine Zweiteilung des Euros immer wahrscheinlicher: Die nördlichen Überschussländer schliessen zum «Nord-Euro» zusammen. Die Südländer bekommen den «Süd-Euro», **der gegenüber der Nordwährung rund 40 Prozent weniger wert wäre:** Das würde das Ende der deutschen Exportüberschüsse bedeuten – aber vielleicht auch die Erkenntnis bewirken, dass es Vollbeschäftigung nur geben kann, wenn die Beschäftigten genügend Kaufkraft haben, um ihre Teller leer zu essen.

Natürlich könnten die Nordländer **ihren Konsum auch ankurbeln, ohne den Euro kaputt zu machen.** Sie müssten sich aber allmählich beeilen. ●

Dossier

www.sonntagsblick.ch

GRIECHENLAND



Wirtschaft

Bald Geld von Lehman

Die zum Höhepunkt der Finanzkrise zusammengebrochene Investmentbank Lehman Brothers hat sich vorläufig mit ihrer Europa-Sparte **über deren Milliarden-Forderungen geeinigt.** Gläubiger fordern vom seit drei Jahren im grössten Insolvenzverfahren der Weltgeschichte steckenden Institut 360 Milliarden Dollar. Im Frühling könnten erste Gelder fliessen.

Lieferstopp in Griechenland



Der Pharmakonzern Roche hat **Medikamenten-Lieferungen an einige zahlungsunwillige Spitäler** in Griechenland gestoppt. Die Spitäler hätten ihre Rechnungen zum Teil seit vier Jahren nicht mehr beglichen, so Konzernchef Severin Schwan dem «Wall Street Journal». Allerdings würden die Schweizer die Lieferungen an Apotheken im hoch verschuldeten Land erhöhen.

Ein Lieferstopp könnte auch in Spanien in Frage kommen, sagte er. Auch seien einzelne staatliche Spitäler in Portugal und Italien mit ihren Zahlungen im Rückstand.

Lügendetektor bei der Post

Die Deutsche Post wendet bei Mitarbeitern im Ausland Lügendetektortests an. «Lügendetektoren werden in Ländern verwendet, in denen der Einsatz legal ist, und **nur bei aussergewöhnlichen Umständen,** sagt der Personalchef des Konzerns der «Wirtschaftswoche». Ein Beispielland sei Kolumbien, wo es Konflikte mit Milizen und Drogenkartellen gibt.

ANZEIGE

www.VgT.ch
- was andere Medien
totschweigen

Verein gegen Tierfabriken Schweiz